

Die geschuldete Reform

VON MANFRED SCHÄFERS

Das Tagesgeschäft hat die große Koalition im Griff. Die Finanzpolitiker ringen um Details der Besteuerung von Biodiesel, die Haushaltspolitiker versuchen die Kostendynamik von Hartz IV zu entschärfen, und gleichsam nebenbei feilen die Abgeordneten an letzten Positionen im Etat des laufenden Jahres, während auf Regierungsebene der Haushalt für 2007 vorbereitet wird. In diesem Trubel droht die verabredete Föderalismusreform unterzugehen.

Sie ist indessen zu wichtig, um als Randnotiz abgetan zu werden. Bremst doch der Föderalismus bundesdeutscher Prägung notwendige Veränderungen und trägt damit maßgeblich dazu bei, daß Deutschland seinen Schwung verloren hat. Die große Koalition will zwar mit der Föderalismusreform die Aufgaben von Bund und Ländern entflechten, um die mühsame Gesetzgebung wieder zu beschleunigen. Ziel

Nur eine große Koalition kann verhindern, daß die Reform des Föderalismus Stückwerk bleibt.

ist es, den Anteil der zustimmungsbedürftigen Gesetze deutlich zu senken und viele Entscheidungen schneller zu machen. Doch bei finanzpolitisch zentralen Fragen, beispielsweise der Besteuerung von Bürgern und Unternehmen, soll es weitgehend beim Status quo bleiben: Bund und Länder müssen sich hier auch künftig einig werden, wenn etwas geändert werden soll. Dieses Prozedere hat – vor den großkoalitionären Zeiten – regelmäßig zu Blockaden und manch unbefriedigendem Kompromiß geführt.

Aktuell haben sich Union und SPD leider nur kleinere Neuerungen an der Finanzverfassung vorgenommen. Sie sind – zusammen mit kleineren Änderungen an den wirtschaftspolitischen Kompetenzen – Gegenstand der öffentlichen Anhörung an diesem Mittwoch im Bundestag. So sollen die Länder das Recht erhalten, den Satz für die Grunderwerbsteuer, deren Aufkommen ihnen zusteht, selbst zu bestimmen. Mancher wird sich die Augen reiben, daß dies nicht ohnehin schon der Fall ist. Aber im deutschen Finanzföderalismus ist es nichts Ungewöhnliches, daß Ertrags- und Regelungskompetenz auseinanderfallen. Auch ist geplant, die Mischfinanzierung des Hochschulbaus einschließlich Kliniken zu beenden und die Hilfen des Bundes für den Gemeindeverkehr und den sozialen Wohnungsbau abzu-

schaffen. Das Hineinregieren des Bundes in diese Aufgaben der Länder soll gestoppt werden, doch in anderen Fällen bleiben die Zügel erhalten. Schließlich ist vorgesehen, den Ländern bestimmte Aufgaben wieder zu überlassen, darunter den Ladenschluß, das Gaststättenrecht und das Messewesen. So rückt man den Betroffenen wieder näher, wie es das – oft mißachtete – Subsidiaritätsprinzip verlangt.

Aus finanzpolitischer Sicht gehört der nationale Stabilitätspakt zu den wichtigsten Neuregelungen. Damit wird geklärt, wie stark Bund und Länder für Verstöße gegen den Europäischen Stabilitätspakt haften. So wird ein erster Schritt getan, daß Bundesländer, die sich übermäßig verschulden, zur Verant-

wortung gezogen werden. Allerdings reicht dies als Verschuldungsbremse nicht aus. Denn das bündische Prinzip verpflichtet Bund und Länder weiterhin zu Hilfe, falls Glieder des Staates in eine extreme Haushaltsnotlage geraten.

Berlin versucht gerade, eine solche Unterstützung vor dem Bundesverfassungsgericht einzuklagen. Dessen Entscheidung wird für die föderale Ordnung in Deutschland womöglich noch bedeutsamer sein als die geplante Föderalismusreform. Erhält Berlin wie früher Bremen und das Saarland besondere Finanzhilfe, dann besteht angesichts allgemein verschlechterter Haushaltslagen die Gefahr, daß immer mehr Re-

gierungen unpopuläre Sparbeschlüsse aufschieben – in der Erwartung, daß andere einspringen werden, wenn die Lage erst schlimm genug ist. Bremen und das Saarland haben die Milliardenzahlungen des Bundes weitgehend

sinnlos verfrühstückt, ihre Haushaltslage ist immer noch prekär. Wer das künftig vermeiden will, braucht harte Sanktionen bis hin zur Entmachtung von Landesregierungen durch von außen kommende Sparkommissare oder zu der Auflösung jener Länder, die wirtschaftlich nicht auf eigenen Füßen stehen können.

Die Frage, wie man Verschuldung wirksam begrenzen kann, will die große Koalition aber erst später beantworten. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Noch in dieser Legislaturperiode wollen wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage stellen.“ Klar ist schon jetzt, daß dies äußerst schwierig wird, geht es doch dann allein ums Geld: den Finanzausgleich und die Steuerkompetenz.

Ärmere Länder bekommen heute Unterstützung von den reicheren und vom Bund. Im Ergebnis werden Unterschiede in der Finanzkraft weitestgehend nivelliert. Damit wird jeder Ansporn zur Stärkung der Wirtschaft eines Landes genommen. „Passivität auf fremde Kosten wirkt als Droge, die jeden Aufbruch verhindert“, kritisierte jüngst der Konvent für Deutschland, in dem der frühere Bundespräsident Roman Herzog erfahrene Politiker und Wirtschaftsführer um sich geschart hat.

Man darf gespannt sein, ob sich Union und SPD tatsächlich an eine solche Entflechtung herantrauen. Die sich abzeichnende Reform der Unternehmensbesteuerung gibt Anlaß zur Sorge. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück klammert zum Schaden des ganzen Vorhabens die Gewerbesteuer aus, weil er sich mit den Städten nicht anlegen will. Damit bleibt es dabei, daß Bund und Länder Geld aus der Gewerbesteuer erhalten, während die Kommunen direkt und indirekt an der Einkommensteuer beteiligt sind. Alle wirtschaften somit weiter fröhlich im Nebel des Finanzverbunds. Das Trauerspiel um die Gewerbesteuer bestätigt, wie notwendig eine echte Reform der Finanzverfassung ist. Nur eine große Koalition kann verhindern, daß die Reform des Föderalismus Stückwerk bleibt. Das schuldet sie dem Land.